

Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion u. Verwalt. Drag II, Královské 16 • Tel. 36703, 31469, Nachred. (ab 21 Uhr) 33636 • Postkonto: 37544

13 Jahrgang.

Freitag, 13. Jänner 1933

Nr. 11.

Die Auslieferung des Dr. Bennecke.

Dresden, 12. Jänner. Bei vollbesetztem Hause trat der sächsische Landtag heute in die Behandlung der verschiedenen Anträge in der Nordische Deutsch ein. Abg. Dr. Wilhelm Wirtschaftspartei, begründete als Berichterstatter den Antrag des Rechtsausschusses auf Bewilligung der vom Generalstaatsanwalt nachgesuchten Aufhebung der Immunität des Abg. Dr. Heinrich Bennecke wegen Begünstigung in der Nordische Deutsch. Er verlas den Bericht des Generalstaatsanwaltes über die Ergebnisse der in der Nordische Deutsch angestellten Untersuchungen. Dabei spielen das Unterstützungsgesuch eines der flüchtigen SA-Männer mit der Adresse „Lieber Oberführer“ und der Brief Kränkels, man solle H. bitten, sich um seine Frau zu kümmern, eine große Rolle. Die Staatsanwaltschaft nimmt an, daß es sich in beiden Fällen um Dr. Heinrich Bennecke handelt. Bei den Ausführungen des Abg. Sindermann, Kommunist, kam es zu minutenlangen wüsten Ermahnungen. Präsident Doktor Eckardt drohte mit Räumung der Tribünen, falls diese sich nochmals an derartigen Reden beteiligen. Abg. Schreiber, Nationalsozialist, erklärte, keine Fraktion werde der Aufhebung der Immunität zustimmen, um Dr. Bennecke Gelegenheit zu geben, sich gegen die ungeschwehlichen Beschuldigungen zu verteidigen. Das übrige sei Sache der ordentlichen Gerichte.

Der Antrag auf Aufhebung der Immunität des Abg. Dr. Bennecke wurde einstimmig in Abwesenheit der Kommunisten angenommen.

Im Anschluß an die Abstimmung gab der Minister des Innern eine Erklärung ab, über das Verhalten der Dresdener Kriminalpolizei in der Nordische Deutsch. Als hierauf der sozialdemokratische Abgeordnete Geißler den sozialdemokratischen Antrag begründete, die wegen Begünstigung der Mörder angeklagten Seaman zur Rechenschaft zu ziehen, kam es zu hitzigen Zusammenstößen, so daß der Landtagspräsident sich genötigt sah, die Sitzung zu unterbrechen.

Ein selbiger Nazi-Ueberfall.

Berlin, 12. Jänner. Im Anschluß an eine kommunistische Versammlung in den Wärsch-Sälen in der Müllerstraße hatte sich gestern abend ein kommunistischer Demonstrationzug gebildet. Als er gegen 23 Uhr die Köslinger Straße passierte, fuhr ein Personentransportwagen dicht an den Zug heran. Aus diesem wurden auf die Demonstranten sechs Schüsse abgegeben. Ein Teilnehmer des Zuges erhielt dabei einen Bedenschuß. Eine Passantin trug einen Oberarm- und Brustschuß davon. Die Verletzten wurden ins Krankenhaus eingeliefert. Nachdem die Schüsse aus dem Auto abgegeben waren, fuhr dieses eiligst davon und entkam in der Dunkelheit.

Strasser bei Hindenburg.

Berlin, 12. Jänner. Das Conti-Bureau meldet: Von unterrichteter Seite wird die Meldung eines Berliner Blattes bestätigt, daß Gregor Strasser vom Reichspräsidenten empfangen worden ist. Der Empfang fand in der vorigen Woche statt. Er hatte nur den Zweck, daß der Reichspräsident sich über die Persönlichkeit Gregor Strassers orientieren wollte, weil sein Name in der Politik sehr häufig genannt wird. Der Reichspräsident hat bei dem Empfang auch davon abgesehen, sich zu dem zu äußern, was ihm Strasser vorgetragen hat.

Der indische Aufstand.

Koch nicht beendet.
Alwar, 12. Jänner. (Reuter.) Ein neues Kontingent britischer Truppen ist aus Delhi im Staat Alwar eingetroffen und hat den Kampf nach der Hauptstadt Mangorh begonnen. Britische Regimenter desillieren, Kriegsmäßig geordnet, die Dörfer der bedrohten Zone, um das Vertrauen der ruhigen Bevölkerung zu stärken. Die aufständischen Wos haben in zerstreuten Abteilungen in den unzugänglichen Bergen Zuflucht gesucht und werden jedem Zusammenstoß mit den britischen Truppen aus. Die Kommandanten der aufständischen Mohammedaner haben Parlamentäre mit dem Erlauben gefandt, eine unabhängige Untersuchungskommission zu bilden, in welcher ein englischer Kommandant den Vorsitz führen soll.

Agrarier und Großindustrie einig gegen Schleicher.

Hitler ihr Beauftragter?

Berlin, 12. Jänner. Der Konflikt zwischen dem Reichslandbund und der Reichsregierung hat neue Verwirrung in die ohnehin verwinkelte innerpolitische Lage hineingetragen. In der Großindustrie, welche in den vergangenen Tagen durch die bekannten Verhandlungen ihre Unzufriedenheit mit dem sozialpolitischen Programm Schleichers kundgegeben hat, gefellen sich jetzt auch die Großagrarien, die zum offenen Angriff übergegangen sind. Zwischen diesen beiden Gruppen herrscht sonst ein vollkommen feindliches Verhältnis und der einzige Berührungspunkt zwischen beiden ist ihre gemeinsame Abneigung gegen die gegenwärtige Regierung. Die Resolution des

Reichslandbundes hat dies klar zum Ausdruck gebracht. Den Hauptanlaß zu ihrer scharfen Kundgebung gab die Angelegenheit, welche nicht direkt angeführt, aber allgemein bekannt ist, die Enteignung der Großgrundbesitzer, insbesondere in Ostpreußen, soweit sich diese Großgrundbesitzer für eine Sanierung unfähig erwiesen. Mit begreiflichem Interesse wird der neue Konflikt verfolgt und seine weitere Entwicklung erwartet. Die Abendblätter widmen der Angelegenheit außerordentliche Beachtung. Eine ganze Reihe beschäftigt sich sehr ausführlich mit dem Konflikt und dessen möglichen Folgen.

Ein diplomatischer Schritt der chinesischen Regierung.

Schanghai, 12. Jänner. (Reuter.) Das chinesische Außenministerium teilte offiziell mit, daß die chinesische Regierung am 10. Jänner identische Memoranden an die Regierungen von USA, Großbritannien, Frankreich, Italien, Belgien, Spanien und Holland sandte, worin die genannten Regierungen aufmerklich gemacht werden, daß „auf der Grundlage unrichtiger und illegitimer Auslegung spezieller Privilegien, die aus dem Protokoll vom Jahre 1901 hervorgehen, welches von den obgenannten Mächten unterzeichnet wurde, japanische bewaffnete Abteilungen einen Angriff auf Schanghai unternahmen und es befehten, wobei sie tausende friedliebender

chinesischer Bürger hinmordeten und materiellen Schaden von ungewöhnlichem Ausmaß verursachten, worauf sie begannen, große militärische Streitkräfte in der Nähe von Schanghai und entlang der Eisenbahntrecke Peking-Mukden zu versammeln. Unter diesen Umständen kann die chinesische Regierung absolut keine Verantwortung für die Situation, ob de jure oder de facto, übernehmen, welche aus der Aktion bewaffneter chinesischer Militärs abteilungen entstehen könnte, die ihr legitimes Recht, sich gegen die Angriffskolon der japanischen Truppen zur Wehr zu setzen, anzuwenden würden.

Der Krieg im Fernen Osten.

Ausdehnung der Kampffront.

Peking, 12. Jänner. An der ganzen Front längs der Großen Mauer wurde gestern ein Angriff der Japaner in der Richtung nach Tschinmenlau erwartet, da sowohl die Chinesen als auch die Japaner ihre bisherigen Positionen außerordentlich verstärkt haben. Die Chinesen melden, noch im Besitze von Tschinmenlau zu sein, wogegen die Japaner erklären, bereits diesen wichtigen strategischen Punkt eingenommen haben. Die Japaner haben bisher 10.000 Soldaten in die Richtung auf Tschinmenlau konzentriert, so daß der Angriff auf diesem Teilabschnitt der Front erwartet wird.

Austritt Japans aus dem Völkerbund.

Genf, 12. Jänner. Nach Berichten amerikanischer Blätter haben die militärischen Mitglieder der japanischen Delegation beim Völkerbunde gestern den Auftrag erhalten, sich für die sofortige Abreise bereit zu halten. Gerüchten zufolge soll dieser Befehl mit dem beabsichtigten Austritt Japans aus dem Völkerbunde im Zusammenhang stehen.

Flucht chinesischer Truppen auf russisches Gebiet.

Moskau, 12. Jänner. (Zah.) Im Bereiche von Turix Rog und in der Nähe der Stadt Jumen schlugen sich am 9. Jänner einzelne Abteilungen chinesischer Soldaten, die an der Ostlinie der Sibirischen Eisenbahn von den dort operierenden japanischen Truppen geschlagen wurden, auf russisches Gebiet durch. Soldaten und Offiziere wurden sofort entwaffnet und interniert. Insgesamt sind bisher etwa 3100 Mann übergegangen; unter ihnen befindet sich General Lida.

Wieder Ruhe in Spanien?

Paris, 12. Jänner. Die Madrider Korrespondenten der Pariser Blätter melden, daß nach dem energischen Vorgehen der Regierung und dem Beschluß, alle an der Aufstandsbewegung beteiligten Personen exemplarisch zu bestrafen, in den Provinzen wieder Ruhe herrscht.

Aus verschiedenen Städten werden Berichte der Industriearbeiter und der Landwirtschaftsarbeiter sowie kleinere Zusammenstöße mit der Polizei gemeldet, die jedoch keinen so blutigen Verlauf genommen haben, wie die Zusammenstöße von Sonntag nachts. Lediglich aus Salamanca wurden bei einem Handgemenge zwischen Streikenden und Arbeitswilligen achtzehn Personen verletzt.

Ein blutiger Kampf in der Provinz Cadix.

Madrider, 12. Jänner. Der Minister des Innern gab bekannt, daß nach den letzten Nachrichten in Spanien Ruhe herrscht bis auf die Provinz Cadix. Dort haben sich in der Ge-

meinde Casa Vieja die Aufständischen in einem Hause versammelt und der Polizei heftigen Widerstand entgegengesetzt, die sie einigemal vergeblich aufforderte, das Haus zu verlassen. Nachdem ein Zivilgardist von den Aufständischen verwundet, festgenommen und am Leben bedroht worden war, unternahm die Zivilgarde einen Angriff auf das Haus, wobei Explosionsgranaten zur Anwendung kamen. 19 Aufständische wurden dabei getötet. Von den Zivilgardisten fand einer den Tod und fünf wurden verletzt. Sehr viele Demonstranten wurden hierauf festgenommen. Der Ministerpräsident beschäftigte Journalisten, daß die Verluste an Menschenleben, die durch die Aufständischen verursacht wurden, größer seien, als man ursprünglich angab, und zwar sowohl auf Seiten der staatlichen Organe als auch auf Seiten der Demonstranten.

Gefängnisrevolte.

Madrider, 12. Jänner. In dem Gefängnis von Deana in der Umgegend Toledo's wangen fünfzehn Anarchisten die übrigen Häftlinge zu einer Revolte, überwältigten die Wache und entflohen. Den Revolverern gelang es, fünf Wächter zu entwaffnen. Zwei Gefängniswärter wurden arg mißhandelt. Den übrigen Häftlingen gelang es jedoch nicht zu entfliehen.

Um die Vierzigstundenwoche.

Der eben stattfindenden Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf kommt eine außerordentlich große Bedeutung zu. Beschäftigt sich doch diese Konferenz, die von 28 Ländern besetzt ist, mit dem schicksalsschweren, entscheidenden Problem der heutigen Gesellschaft, der katastrophalen Arbeitslosigkeit, welche dazu geführt hat, daß — wie der Sprecher der Arbeiterschaft in Genf, Jouhaux, gesagt hat — mehr als ein Sechstel der Arbeiter in der Welt keine Beschäftigung haben.

Man spricht heute von einer doppelten Arbeitslosigkeit: Der konjunkturellen, die ihre Ursache in dem Wechsel von Konjunktur und Krise hat und eine Folge des Auseinanderstrebens von Produktion und Konsum im Kapitalismus ist, und einer technologischen Arbeitslosigkeit, welche die Folge der technischen Entwicklung ist, im Verlaufe welcher die Maschine die menschliche Arbeitskraft verdrängt. In der unheimlichen Größe, welche die Zahl der Arbeitslosen angenommen hat, kommt zum Ausdruck, daß die Mechanik des individuell-kapitalistischen Produktions- und Aneignungsprozesses immer mehr verfaßt, daß die kapitalistische Maschinerie immer unbrauchbarer wird. Es wird immer klarer, daß der Kapitalismus auf die Dauer keinen Ausweg aus der Krise der Weltwirtschaft finden wird — er wird sich vielleicht ein wenig erholen, um neuerlich von den Fieberkrämpfen der Krise geschüttelt zu werden — und daß nur eine planmäßige Wirtschaft im Interesse der übergrößen Mehrheit der Menschheit, d. h. eine planmäßige Verteilung der vorhandenen Arbeitskräfte auf die Produktionsmittel nach Maßgabe der Konsumbedürfnisse die Welt aus dem Chaos herausführen wird, in das sie der Kapitalismus gestürzt hat. Vahndreher der Planwirtschaft kann nur das Proletariat sein, das kein Interesse an der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaft hat und das die politische Macht erobert muß, um die Notwendigkeiten der menschlichen Entwicklung zu erfüllen.

So lange das internationale Proletariat diese Macht noch nicht errungen hat, muß es die Not der Arbeitslosen auf dem Boden, den es vorfindet, das ist jener der kapitalistischen Wirtschaft, bekämpfen und dabei ist das wichtigste Mittel, die gleichmäßige Aufteilung der vorhandenen Arbeitskräfte auf die im Privateigentum befindlichen Produktionsmittel, d. i. unter den heutigen Umständen eine radikale Verkürzung der Arbeitszeit. Die Arbeiterschaft Europas hat vorläufig die Forderung nach der 40-Stundenwoche erhoben, — ebenso wie sich der Entwurf des Fürsorge-ministers darauf bezieht — aber während sich noch die Unternehmer des alten Erbtells in kurzfristiger Verblendung dagegen wehren, kommt aus den Kreisen der amerikanischen Gewerkschaften schon der Ruf nach der fünf-tägigen Arbeitswoche bei sechsstündiger Beschäftigung.

Die Unternehmervertreter sowie einige Regierungsdelegierte — besonders fällt die reaktionäre Haltung Englands auf — suchen mit allerlei Einwürfen einem notwendigen Fortschritt den Weg zu verstopfen. Ebenso wie man in den achtziger Jahren, von der Einführung des Elftundentages, nach dem Weltkrieg die Verwirklichung des Achtundentages den Untergang von Industrie und Handel befürchtete, so redet man der Welt ein, daß die Vierzigstundenwoche der Ruin der Weltwirtschaft wäre — als ob es überhaupt an ihr noch etwas zu ruinieren gäbe! Was die Gesellschaft durch Auszahlung einer großen Lohnsumme etwa verlieren würde, würde sie doppelt und dreifach durch den gesteigerten Konsum gewinnen. Selbst der Vertreter der Regierung Schleicher mußte auf der Genfer Konferenz zugeben, daß nach genauen deutschen Berechnungen festgestellt wurde, bei Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Lohn-

Das Urteil gegen den nationalsozialistischen Mordmörder.

Frankfurt a. M., 11. Jänner. Im Prozeß Stübentrauch fällt heute abend das Gericht nach fünfständiger Beratung folgendes Urteil:

Der Hauptangeklagte Stübentrauch wird wegen Totschlages zu zwölf Jahren Zuchthaus und acht Jahren Ehrverlust verurteilt.

Im Falle der Herabsetzung der Arbeitszeit würde eine Steigerung der gesamten Unkosten von höchstens einem Prozent eintreten. Dieses eine Prozent würde längst aufgewogen werden durch eine Steigerung der Preise, von der jede Konjunktur begleitet wird.

Mit Blindheit geschlagen ist in dieser Zeit der Wirtschaftskatastrophe die ganze kapitalistische Welt. Möge sich nur die Bourgeoisie der Anwendung jener Mittel widersetzen, die imstande sind, das Elend von Millionen ein wenig zu mildern und in das Chaos der Kapitalistenwirtschaft ein bißchen Ordnung zu bringen.

Die Massen des europäischen Proletariats wissen wohl, daß ihre Stunde kommen wird, aber sie wissen ebenso gut, daß ihre Stunde noch nicht geschlagen hat. Noch lang ist die Bourgeoisie mit ihrer ganzen Lügenkultur auf dem Vulkan, in dessen Tiefen Gewaltiges sich vorbereitet.

Der „Kärod“, der die Frontschwenkung der deutschen Nationalsozialisten selbstverständlich von ganz anderen Gesichtspunkten aus betrachtet als wir, zieht in einer Notiz die Ausführungen des „Sozialdemokrat“ vom Mittwoch als Beweis für seine Theorie heran, daß es den Nazi mit ihrer Loyalität gegenüber der Republik nicht ernst sei.

Die Kellnerin Molly.

Roman von Hans Otto Henel. Copyright des Verlegers, Berlin. Nachdruck verboten.

Hürforgliche Pflege elternloser Kinder als christliches Ehrenamt.

In völliger Finsternis kam Male nach Rainersdorf. Auf lotiger, klitschiger Straße tappete sie durch den Nebel und suchte die niedrigen Häuser in unfreundlicher Kälte nach sich.

Der prüfende Blick der jungen Frau, von dem Namen Fickert hervorgerufen, ergriff ihr nicht. Das war ein Blick, wie er ihr noch von der Mutter in Erinnerung war. Und darum vertraute sie dieser Frau ohne weiteres, erzählte unaufgefordert, woher sie kam und was sie sich von der Zukunft versprach.

Landbühnerische und christlichsoziale Restgutbesitzer!

Was sagen die Senatoren Stöhr und Feierlell dazu?

Wir lesen in unserem Karlsbader „Vollwille“:

In der Planer Gegend verfügte die Familie Kostig - Rieneck über riesige Besitzungen. Meierhöfe, Waldungen, Teiche und viele landwirtschaftliche Betriebe nannte sie ihr eigen, und an die vierzig Millionen Kronen war der Besitz im Jahre 1928 wert.

Um einen der Höfe bewarben sich die Bauern von Tein.

Sie wollten die dazugehörigen Gründe nicht in fremde Hände fallen lassen und glaubten, daß jetzt die nie wiederkehrende Gelegenheit gekommen sei, die Scholle ihrer Vorfahren wieder erwerben zu können.

Keine Mißverständnisse, keine Fälschungen!

Der „Kärod“, der die Frontschwenkung der deutschen Nationalsozialisten selbstverständlich von ganz anderen Gesichtspunkten aus betrachtet als wir, zieht in einer Notiz die Ausführungen des „Sozialdemokrat“ vom Mittwoch als Beweis für seine Theorie heran.

Nun so liegen die Dinge nicht und es ist nötig, schon jetzt, bevor noch aus einem Mißverständnis oder einer Mißdeutung unserer Aufstellungen eine hakenkreuzerische Fälschung wird, diesen Irrtum aufzuklären.

einen Erfolg ihrer Bemühungen. Aber sie wurden grausam enttäuscht. Bald lieferte die Nachricht durch, daß neben ihnen sich auch der landbühnerische Senator Stöhr um den Hof beworben hat, um ihn seinem Sohn übergeben zu können, und dieser Tage mußten die Theiner Bauern erfahren.

daß tatsächlich Senator Stöhr den Hof erworben hat.

Er hatte 500.000 Kronen geboten und zu diesem Preis den Hof und als Brautgabe noch vier Teiche erhalten. Der Theiner Bauer hat sich dabei große Aufregung bemächtigt, und es ist begreiflich, daß sie auf Senator Stöhr nicht gut zu sprechen sind, von dem sie sagen, daß er vor dem Kriege keineswegs besonders begütert war.

Einen zweiten Hof aus den Kostighen Besitzungen hat der christlichsoziale Senator Dr. Feierlell für seinen Neffen erworben.

Der Kaufpreis für dieses Gut — es handelt sich um den Karlsbader Hof — beträgt 980.000 Kr. Die von den Theiner Bauern angekündigte Protestversammlung gegen ihre Ausschaltung wird an den Dingen, die nun einmal geschehen sind, nichts ändern.

und Nationalisten sind, um eine christliche Politik der Verständigung mit dem tschechischen Proletariat betreiben zu können. Aber es lag uns natürlich fern, sie den Tschechen als „Allopol“ hinzustellen. Heute wie in den Tagen des Volkssport-Prozesses behaupten wir vielmehr, daß die Republik von den Hakenkreuzern nicht das geringste zu fürchten hat.

Tscheschoslowakische Unternehmervetreter gegen Kürzung der Arbeitszeit.

Genf, 12. Jänner. Auf der Vorkonferenz für die 40stündige Arbeitszeit in Genf sprach heute nachmittags namens der tschechoslowakischen Arbeitgeber Dr. Baněk, der die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten behandelte und die derzeitige Situation für die vorgeschlagene Beschränkung der Arbeitszeit als nicht geeignet bezeichnete.

Die kommunistische Presse hält ihre Leser für Idioten.

Wir haben schon mehrmals erzählt, daß in der Redaktion des Zentralorgans der kommunistischen Partei „Rude Právo“ in Prag-Karolinenthal eine eigene Abteilung besteht, welche sich damit beschäftigt, Briefe sozialdemokratischer und indifferenten Arbeiter zu fabrizieren.

Eine solche Situation ist auch jetzt wieder eingetreten. Das von den tschechischen Sozialdemokraten den Kommunisten gemachte Angebot eines Nichtangriffspaktes hat die Kommunisten in arge Verlegenheit versetzt und sie suchen kampflos nach Argumenten, um vor ihren verdutzten Anhängern die Ablehnung der Einheitsfront — die sie bisher immer gefordert haben — zu rechtfertigen.

Ein solches Argument ist nun die altdewährte Erzeugung von Briefen frei erfundener „Sozialdemokraten“, in denen diese Sozialdemokraten den Kommunisten Recht geben, daß sie die Einheitsfront mit der Sozialdemokratie ablehnen. So schreibt ein solcher „sozialdemokratischer Arbeiter“ im „Rude Právo“ vom 6. Jänner: „Wir stimmen mit Eurem Standpunkt zum Pakt unserer Führer überein.“

Da bleibt einem, wie der Berliner sagt, die Zunge weg, und es bleibt einem nichts übrig, als an das „Rude Právo“ mit der Frage zu stellen: Hält es seine Leser für Idioten?

Zusammenstoß des Post- und Eisenbahnautoverkehrs. Nach dem Gesetz Nr. 136/1932 über den Transport mit Motorfahrzeugen und auf Grund eines Einverständnisses zwischen dem Ministerium für Post- und Telegraphen und dem Eisenbahnministerium wurde mit 1. Jänner 1933 der gesamte Postautobusbetrieb mit dem Autobusbetrieb der tschechoslowakischen Staatsbahnen vereinigt und dem Eisenbahnministerium untergeordnet.

Das Licht einer über dem Haustor hängenden Glühbirne überflutete sie plötzlich so grell, daß sie selbst kaum sehen konnte. Erst nachher erfuhr sie, die alte großnackige Frau, von der sie mütterlich gemustert wurde, daß das war die Herrin des Hauses. Male nannte ihren Namen.

Das Mädchen aus der Hürforje? Man rin! Der Bauer, der pfeifernd auf einem Wachstuchlos lag und sich darin durch den Eintritt des Mädchens auch nicht stören ließ, empfing Male mit Borwürfen. Sie lächelte zwei Stunden später, als „der Postler“ ihm angezeigt habe. Ob sie sich etwa jetzt schon „herumtreiben“ wolle?

Male, der die Tränen nahe waren, berichtete von der Begegnung mit der Schwangeren, und wie sie ihr geholfen habe. Dazu knurrte Herr Fickert nur: „Ging Dich nichts an.“ Und als das Mädchen dann weiter erzählte, wie sie ratlos auf der finsternen Dorfstraße gestanden habe und so freundlich von der Frau Lehrerin beraten worden sei, spuckte Fickert in die Stube.

Die Lehrerin? Die Sempeln? Ein Sauhund! Ein gottloses Mistvieh wie der Schulmeister selber!, schrie Frau Fickert hinzu.

Sie gehen nicht in die Kirche und legen den Kindern neumodische Straußen in den Kopp, wie die roten Lehrer in der Stadt. Vor sie mußt Du Dir hüten! Jetzt erst wurde Male aufgefordert, sich zu setzen und das feuchte Mäntelchen abzuliegen. Die erste Freundlichkeit, die sie bei Fickerts erfuhr, und es blieb auch die einzige.

Sie sah sofort, daß sie sich hier nicht wohlfühlen würde. Die muffige, ungelüftete Stube gefiel ihr ebensowenig wie die angebrannte Mehlsuppe, die Frau Fickert ihr hinschob. Noch weniger aber die Menschen. Der Bauer spuckte und fluchte, wenn er den Mund auftat. Vor seinem Blicke bekam Male Angst. Diese Blicke waren unverfälscht wie greifende Hände. Vor-

der hatte Male gefürchtet. Herr Fickert konnte zu fromm sein, weil er doch ein Freund des Pastors Jidmann und obendrein ehrenamtlicher Pfleger des Magdalenenbundes war. Aber hier spürte sie nichts von Frömmigkeit. Frau Fickert war sicherlich viel älter als ihr Mann und von dieser, schlampiger Häßlichkeit. Das Ehepaar lebte augenscheinlich in Unfrieden, sprach wenig miteinander und wenn es geschah, in spitzen Anzüglichkeiten.

Fickerts hatten noch eine dreißigjährige Magd im Hause, mit der zusammen Male ein Bodenkammerchen bewohnten mußte. Als die Magd spät am Abend nach Hause kam, begrüßte sie Male, die schon im Bette lag, mit den Worten: „Aus die Hürforje also kommste. Na, der Alte wird Dir schon hürforjen.“

Male wußte nicht und wagte auch nicht zu fragen, was die Magd mit ihren Worten meinte, aber sie ahnte ihren Sinn. Die Liebergabe an Herrn Fickert, das war die Rache des Pastors Jidmann gewesen. Die Erlebnisse dieses einen Tages, der sie aus dem gefängnishaften „Garten Geshlemone“ in die ländliche Freiheit eines dörmmerischen Dorfes geführt hatten, zeigten dem Mädchen, daß sie keineswegs frei war, sondern wie leicht man sie an einer Kette halten konnte. Mit dem einsachen Wörtchen: aus der Hürforje.

Als die Magd, die sich umständlich zu Bett gelegt hatte, aus dem Dunkel herüberfragte, ob sie schon „ein Würmchen“ habe, stellte Male sich schlafend und antwortete nicht. Aber sie schlief wenig in dieser Nacht, und es waren nicht nur die unerträglich vielen Wanzen, die sie nicht schlafen ließen.

Nützlich zu lesender Bericht über die altpreußische Justiz, wie sie noch auf Rittergütern östlich der Elbe zu finden ist.

Ganz so trostlos, als Male der Ort im feuchten Abendnebel erschienen war, sah Rainersdorf

im hellen Tageslicht doch nicht aus. Die Asten der Kleinbauern und Gutsarbeiter konnten ihre Dürftigkeit freilich nicht verbergen. Aber Schloß und Rittergut, dem Grafen Brieselan gehörig, zeigten unverkennbar großzügige Bewirtschaftung. Zum Rittergut gehörten zwei Schneidemühlen und außer sichrechen Seen und wilden Wäldern mehr als 10.000 Morgen Ackerland. Der Boden ist in diesem natürlich bewässerten Lande fruchtbar. Wenn Graf Brieselan auch, wie so viele Rittergutsbesitzer in Deutschland, nicht einen Pfennig Steuern bezahlte, so war er doch nicht arm.

Seinen Besitz hielt Graf Brieselan mit der Fähigkeit des altpreußischen Ritters zusammen, geschmeidigt mit einigen Tropfen pfiffiger Rechtsbeschlagenheit. Brieselan hatte seine Universitätsjahre in Heidelberg nicht, nur laufend verbracht wie die meisten seiner Stammesgenossen, sondern sich sogar den Doktor juris geholt. Altpreußische Justiz war es, wenn er einen Deputanten, der erkrankt war, entließ, wegen der Krankheit, mitten im Sommer krank zu fressen, und ihm obendrein den Brunnen sperren, so daß der wirklich Kranke kein Wasser für sich und seine Familie hatte.

Eine Doktorarbeit aber war es, als er die Gutsarbeiter zwang, folgenden Vertrag zu unterschreiben:

Außer meiner Frau stelle ich mich und zwei Fußgänger täglich zur Arbeit nach Anordnung der Guts herrschaft.

Endigt das Arbeitsverhältnis eines Angehörigen, so endigt das Arbeitsverhältnis der ganzen Familie und zugleich das Recht auf die Dienstwohnung. Für jede der Arbeit ferngebliebene Arbeitskraft steht ein Wohnraum der Herrschaft zur anderweitigen Belegung zur Verfügung. Auch die Guts herrschaft berechtigt, der Familie eine andere Wohnung zuzuwenden. (Fortsetzung folgt.)

Sozialversicherungsvertrag Deutschland-Tschechoslowakei.

Berlin, 12. Jänner. Der Reichsrat stimmte einer Reihe von Verträgen zu, die Deutschland mit anderen Staaten auf dem Gebiete der Sozialversicherung abgeschlossen hat. Dabei handelt es sich zunächst um einen Geheimentwurf zwischen Deutschland und der Tschechoslowakischen Republik, worin die wechselseitigen Beziehungen zwischen beiden Staaten in den allgemeinen Sozialversicherungen, die Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Angestellten- und Knappschaftsversicherungen nach dem Grundsatz der gegenseitigen Gleichberechtigung geregelt werden. Es bestehen bereits ähnliche Verträge mit Österreich und Jugoslawien. Angehörigen des anderen Staates wird grundsätzlich die gleiche Behandlung wie den Angehörigen des eigenen Staates zugesichert.

Weiters fand noch ein Vertrag mit der Tschechoslowakei Zustimmung, der die Bestimmungen über die Sozialversicherung in dem an die Tschechoslowakei abgetretenen Gullschiner Land regelt.

Naziheldentaten in der Silberkernnacht

Fünf Personen aus einer sozialdemokratischen Unterhaltung mit acht Dolchstichen verlegt.

Aus Böhmen. — Köhren erhalten wir folgenden Bericht:

In unserem Orte bestehen drei Parteien, die Hakenkreuzler, Christlichsozialen und Sozialdemokraten. Die ersten zwei Parteien bestehen selbstverständlich aus dem besseren Teil der Ortsbewohner, welche sich in ihrer Hochburg Gasthaus Durfmüller den üblichen Silberkern leisteten. Die Arbeiter dagegen hielten ihre kleine Feier im Gasthaus Dzingler ab. Um halb 2 Uhr nachts rückte ein Trupp der von der Intelligenz und hiesigen Bürgern unterstützten Hakenkreuzler vor dem Gasthaus Dzingler an. Mit ihnen der berühmte Franz Kral. Das Mitglied einer schwarzen Gilde aus Schillerberg, Rudolf Faschingbauer, hatte die Aufgabe, einen das Dzingler-Lokal verlassenden „Koten“ beim Haustor abzufangen und ihn abnungloslos seinen

mit geklärten Messern lauerten Komplizen zu übergeben. Das weitere besorgt Franz Kral, nachdem der Reihe nach Herbert Hopfinger, Otto Kobl und Franz Zeiselmeier vom Faschingbauer aus dem Vorhaus gejerrt worden waren.

Herbert Hopfinger wurde derart geschlagen, daß er drei Viertelstunden lang, als er von Emil Wiener befreit wurde, bewußtlos in der Küche lag.

Zeiselmeier und Kobl erhielten Dolchstöße, welche bei jedem die Lunge erreichten.

Bei der Befreiung des Hopfinger, auf welchen der genannte Faschingbauer kniete und blindlings einschlug, erhielt auch Wiener Emil mit dem Dolch einen Hieb, der ihm die rechte Hand schwer verletzte. Es wagte sich auch Wenzel Jarosch auf die Straße, um zu sehen, was eigentlich vorgehe, bekam aber sogleich auch einen Dolchhieb auf das rechte Schulterblatt.

Die ganze Stecherei spielte sich in einigen Minuten ab; es blieben 5 Personen mit 8 Dolchstichen auf dem Platze,

von denen Kobl und Zeiselmeier am nächsten Tag ins Bezirks-Krankenhaus Prachatitz eingeliefert werden mußten; die übrigen verblieben zu Hause in ärztlicher Behandlung.

Nationalsozialistische Werbemethoden.

Partei und Geschäft.

Der „Volkswille“ berichtet: Als die nationalsozialistische Bewegung große Mode wurde, schloß sich ihr in vollster Begeisterung der Seifenfabrikant Johann Klinger in Joachimsthal an. Der Fabrikant wurde der Führer einer Arbeiterpartei. Dabei bietet sich immer Gelegenheit, das eigene Unternehmen zu fördern, Partei und Geschäft zu verquiden, Gemeinnützigkeit und Eigenmut zu vereinbaren. Dafür soll folgender Vorfall Zeugnis ablegen.

Eines Tages schrieb ein Arbeiter in Ullersgrün an das sozialdemokratische Parteisekretariat in Joachimsthal einen Brief, in dem er seine trüben Verhältnisse schildert. Zwei Jahre ist der Mann bereits arbeitslos und darum in bitterster Not. Der Brief gelangte dank der idealen Postverhältnisse in die Hände des nationalsozialistischen Schriftensamplers und Seifenfabrikanten. Statt den Brief zurückzustellen, damit er dem richtigen Adressaten übergeben werde, wurde er übernommen und dann dem Absender mit folgendem Vermerk zurückgeschickt:

Ihr Brief ist an die falsche Adresse gelangt, aber trotzdem ist dieser Zufall für Sie günstig. Wenn Sie den Weg zu Ihrem Volke zurückfinden (lies: wenn Sie Nationalsozialist würden, Red. „V.“) würde ich Ihnen Gelegenheit zu einem Verdienst geben. — Sie brauchen dann nicht um Unterstützung zu ersuchen, sondern könnten je länger immer mehr verdienen. Wenn Ihnen mein Antrag genehm ist, dann schreiben Sie mir. Hochachtung Johann Klinger. Stempel: Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei, Ortspartei St. Joachimsthal. Beiliegend einige Kellnerdrucke der Firma Johann Klinger, Seifenfabrik in St. Joachimsthal.

Damit ein Arbeitsloser der Gnade teilhaftig werde, mit Klingerteife hausieren gehen zu dürfen, wird ihm zugemutet, ein Gefinnungsbüchlein zu werden und sich zum Hakenkreuz zu bekehren.

Wann kommt eine systematische Preissenkungsaktion?

Anfrage des Genossen Hackenberg an den Ministerpräsidenten

Prag, 12. Jänner. Nach ganztägiger Debatte konnte die Beratung der ersten drei Budgetkapitel im Budgetausschuß bereits heute abends mit einem Exposé des Ministerpräsidenten abgeschlossen werden. Namens unserer Fraktion urgierte Genosse Hackenberg eine Erklärung von der Regierungsseite über die nächsten Pläne der Regierung zur Belebung der Wirtschaft und zur Bänderung der vielfach undeschreiblich gemordenen Not. Auch von anderer Seite wurde diese Frage wiederholt gestellt.

Hackenberg urgierte in diesem Zusammenhang namentlich die Zinsfußherabsetzung und eine systematische Preissenkungsaktion und verlangte dann vom Ministerpräsidenten endlich eine Aufklärung über die offenkundige Subventionierung der Tschech. Wolf-Presse aus Mitteln des Staates. Abgesehen von allen anderen Einwänden dürfen in dieser Zeit, nun doch nicht mehr Mittel der Allgemeinheit auf diese Weise nutzlos vergeudet werden!

Wir erwarten in dieser Hinsicht von dem neuen Ministerpräsidenten endlich eine Umkehr von den unter seinen Vorgängern praktizierten Methoden!

Genosse Hackenberg erwartet von der Regierung bei der Behandlung des Ministerpräsidenten Ausklärung, was die Regierung in der nächsten Zeit zu tun gedenke, um eine Besserung der Verhältnisse und eine Bänderung der Not herbeizuführen, die namentlich in den deutschen Grenzgebieten ungeheuerlich ist.

Die Regierung muß jetzt einmal mitteilen, was sie auf dem Gebiete der Belebung der Wirtschaft, der Herabsetzung des Zinsfußes und der Preisregulierung zu tun gedenkt.

Redner befaßt sich dann im einzelnen mit der geplanten Auflassung des Ernährungsministeriums, wobei höchstens bei dem Gehalt des Ministers und beim Sachaufwand eine Kleinigkeit erspart würde, während die Agenda ja weitergeführt werden soll. Der Plan der Auflassung dieses Ministeriums ist also; wir haben durch Jahre hindurch darauf verwiesen, daß eher eine Ausgestaltung dieses Amtes im Interesse der Konsumenten und Produzenten notwendig wäre; es fehlt ihm namentlich die Exekutivgewalt. Gerade jetzt wäre es aber besonders notwendig, daß dieses Amt eine lebhaftere Tätigkeit entfalte, wo

eine ernsthafte Inangriffnahme der Preisregulierung dringend notwendig

ist. Wenn es uns gelänge, der Wirtschaft der Kartelle ein Ende zu bereiten, so würde dadurch bei vielen Produkten eine Preisermäßigung herbeigeführt werden, die sich auch im täglichen Leben auswirken müßte. Zwischen den Preisen, die der Produzent bekommt, und den Detailpreisen besteht namentlich bei Lebensmitteln eine durch nichts gerechtfertigte, unverhältnismäßig hohe Spannung. Es ist eine Tatsache, daß daran nicht nur der Großhandel, sondern auch der Kleinhandel eine große Schuld trägt. Es geht nicht an, daß der Bauer für sein Bleh 3 bis 6 Kronen pro Kilo Lebendgewicht bekommt, während im Detailverkauf 16 bis 20 Kronen für Rindfleisch bezahlt werden müssen. Es muß der Ausbeutung der Bevölkerung ein Ende gesetzt und durch eine Regulierung der Preise eine Bänderung der Not versucht werden!

Die Dispositionsfonds.

Bezüglich des Dispositionsfonds erklärte Hackenberg, daß wir grundsätzlich immer Gegner des Dispositionsfonds gewesen sind, weil mit diesen kontrollos gewirtschaftet werden kann. Wir haben auch diesmal versucht, wenigstens eine entsprechende Herabsetzung dieser Fonds zu erzielen, wobei wir nicht allein gescheitert sind. Wir müssen bedauern, daß wir nicht einen vollen Erfolg erzielt haben.

Wird die Wolf-Presse noch weiter subventioniert werden?

In dem unruhigen Kapitel „Wolf-Presse“, das in allen Lägerberatungen wiederkehrt und bisher immer wieder mit der Versicherung abgetan wurde, daß der Wolf-Verlag eben besonders tüchtig sein müsse, um derartig billige Blätter herausgeben zu können, stellte Hackenberg fest, daß wir den Kampf gegen die Wolf-Presse, bezogen auf die Verwendung öffentlicher Mittel zur Unterstützung dieser Presse, durch Jahre nicht nur draußen, sondern auch auf parlamentarischem Boden führen. Bisher ist es uns aber noch nicht gelungen, eine Aufklärung zu erhalten, mit welchen Mitteln und aus welchem Fonds die Wolf-Presse unterstützt wird. Wärsal und schon Soebila haben versichert, daß diese Presse nicht subventioniert werde.

Ich habe, erklärt Genosse Hackenberg, deshalb auch bei den heutigen Beratungen des Voranschlags wieder ganz energisch und ernst die Frage aufgeworfen, ob ein solches Blatt wirklich wert ist, aus öffentlichen Mitteln gefördert zu werden, und habe die Einsetzung der Subvention verlangt. Ich habe dabei leider auch keine erschöpfende Auskunft

erhalten können. Die letzte Auskunft, welche mir von dem Verwalter der staatlichen Druckereien gegeben wurde, war, daß man ihn einer Antworterteilung entheben möge und daß ich mich mit meiner Anfrage an den Ministerpräsidenten wenden möge.

Darum sehe ich mich veranlaßt, hier in der Sitzung des Budgetausschusses die Anfrage an den Ministerpräsidenten zu wiederholen, ob und aus welchen Mitteln der Wolf-Verlag unterstützt wird, und ob es die Regierung als gerechtfertigt und notwendig erachtet, diesem Verlag auch weiterhin eine Unterstützung angedeihen zu lassen.

Ich hoffe, daß es diesmal doch möglich sein wird, eine klare Auskunft darüber zu bekommen!

Für eine etwas energischeres Vorgehen auf dem Gebiete der Preis- u. Zinsfußsenkung setze ich u. a. auch der tschechische Nationalsozialist Dr. Hotejbal ein; die Regierung müsse über den Widerstand der Kartelle gegen das geplante Kartellsystem einfach hinweggehen. Die Preise bei uns sind immer noch unhältnismäßig höher als in den anderen Staaten. Namentlich die Metallindustrie ist wegen ihrer hohen Preise konkurrenzunfähig. Die Lebensfrage spielt dabei aber keine Rolle; die Urfrage steht in den künstlich hochgehaltenen kartellierten Preisen. Bei der Zinsfußherabsetzung stößt man wieder auf den Widerstand der Banken; dabei hängt aber die ganze Entwicklung unserer Produktion, die Entschärfung der Landwirtschaft usw. von diesem Problem ab. Aber auch der Staat hätte von einer nur einprozentigen Senkung des Zinsfußes der Staatspapiere einen Nutzen von 430 Millionen!

Deutschbürgerliche Wunschträume.

Von deutscher Seite rückte Herr Kollina mit der Forderung nach Umwandlung des Senates in ein Wirtschaftsparlament heraus, in dem alle wirtschaftlichen, gewerkschaftlichen und sozialen Korporationen vertreten sein sollten. Davon erwartet sich der Redner mit einer Befundung der wirtschaftlichen Verhältnisse!

Ein würdiges Gegenstück zu dieser reaktionären Forderung des Herrn Kollina lieferte am Nachmittag der Landbändler Windirsch, der erklärte, es werde notwendig sein, daß sich die Regierung ernstlich mit dem Gedanken befaßt, das Gemeindegewaltrecht zu reformieren. Diese „Reform“ stellt er sich so vor, daß man das Wahlalter lebenerb hinaussetzen und das Wahlrecht in den Gemeinden überhaupt nur denen geben soll, „die zu den Bedürfnissen der Gemeinde unmittelbar beitragen“. — Mit dieser Ausschaltung der Arbeiter aus den Gemeindefunktionen dürfte Herr Windirsch allerdings wenig Glück haben; inwiefern ist es bezeichnend, daß ein verantwortlicher Funktionär des Bundes der Landwirte sich überhaupt mit einer derartigen Forderung an die Öffentlichkeit traut!

Karürlich konnte Windirsch auch die Bemerkung nicht unterdrücken, daß die Beiträge für die sozialen Institutionen für die Landwirtschaft eine schwere Belastung darstellen.

Dr. Pocher (DWS) erklärte, seine Partei bewähre sich, ihre Kritik konstruktiv zu gestalten; sie werde auch für einzelne Budgetkapitel stimmen. Er quittiert mit Dank die Zusagen, daß bei der Zusammenstellung des Budgets künftig auch die Opposition herangezogen werden soll, und hofft, daß es nicht bei leeren Versprechungen bleiben wird.

Kolliezollerhöhung gesetzwidrig?

Der tschech. Genosse Dr. Maetl hält die Rechtsgrundlage der Regierungsverordnung vom 29. Dezember v. J., durch die die Zölle auf Kolonialwaren erhöht werden, für anfechtbar; diese Verordnung entspreche nicht der Ermächtigung, die der Regierung in den beiden Gesetzen, auf die sich die Verordnung beruft, gegeben wird. Er nimmt an, daß es sich hier nicht um eine Gesetzesüberlegung aus böhem Willen, sondern nur um eine irrtümliche Auslegung des Gesetzes handle; er appelliert an den Ministerpräsidenten, hier fortrichterend einzugreifen.

Für Veröffentlichung der Subventionen.

Bergmann (Rad. Soz.) verlangte, daß zumindest im Rechnungsabschlag nominativ und einzeln unter Angabe der Bestimmung die staatlichen Subventionen angeführt werden sollen, damit hier eine Überprüfung der Berechtigung der Zweckmäßigkeit und der Höhe der Subventionen einsehen könne. Er wirft auch die Frage auf, ob es nicht besser wäre, Banken nicht zu sanieren, sondern sie gegebenenfalls zusammenbrechen zu lassen und das Geld statt zur Sanierung lieber direkt für die Einleger zu verwenden.

Gegen 7 Uhr abends war die Debatte über die ersten drei Kapitel abgeschlossen, worauf Ministerpräsident Malypetr als Vertreter des Reforms abschießend zu der Debatte Stellung nahm. Seine Rede wird von der Parlarmentarierkorrespondenz erst morgen ausgegeben werden.

Frau Wolkows Selbstmord

Das Berliner Polizeipräsidium trägt die Schuld.

Mit der Nachricht über den Selbstmord, den Franziska Tochter in Berlin verübte, wurde auch eine das Berliner Polizeipräsidium entlastende Darstellung verbreitet. Diese Darstellung enthält Unwahrheiten, wie aus den folgenden Ausführungen des Berliner „Vorwärts“ hervorgeht:

Die Ausweisungsserie des Berliner Polizeipräsidiums gegen Ausländer, die den Vollzugsorganen einer „autoritären Staatsführung“ nicht passen, ist amtlich dahin verniedlicht worden, es sei gar keine Serie, sondern bloß ein zufälliges Zusammentreffen von Nichtverlängerung der Aufenthaltserlaubnis gegen Ausländer, die sich kriminell oder „staatsfeindlich“ betätigt hätten. Unter diesem Vorwand hat man z. B. auch einem Gerichtsberichterstatter und einem Zeichner der Münzenberg-Presse die Ausweisung angekindigt.

Ist ein solches Vorgehen immer brutal, bedroht es doch die Opfer mit dem Verlust ihrer Existenz, so erreicht es unermessliche Grausamkeit, wenn es gegen hilflose Menschen angewendet wird. Ein solcher Fall hat jetzt mit dem Selbstmord des Opfers seinen tödlichen Ausgang genommen. Der Akt kam geschlossen werden.

Wenn man zu einem Ausländer sagt, er müsse bis zum Jahresende Deutschland verlassen, so ist das eine Ausweisung. Nach der Türkei konnte Frau Wolkow nicht, sie hatte ja das Land wegen ihres Lungenseidens verlassen müssen. Ob ein anderes, für sie geeignetes Land sie aufgenommen hätte, mußte ihr als der Tochter des so vielverehrten Leo Trotski sehr fraglich erscheinen. Ihre Verweisungstat ist nur zu begreiflich.

Die Ergebnisse des Fünfjahresplanes.

Moskau, 12. Jänner. (Laf.) Das staatliche Planinstitut und die Zentralverwaltung der Volkswirtschaftsrechnung veröffentlichten eine Uebersicht der Gesamtproduktion der ersten Fünfjahresplan-Periode. Die Industrieproduktion betrug sich im Jahre 1913 auf 10,25 Milliarden Rubel, umgerechnet auf die Preise der Jahre 1926/27, im Jahre 1928 auf 13,66 Milliarden, 1932 auf 34,3 Milliarden Rubel oder 93,7 Prozent des Planes von 36,6 Milliarden. In der Schwerindustrie ergab sich 1928 eine Gesamtproduktion von 3,99 Milliarden Rubel, im Jahre 1932 dagegen 13,2 Milliarden oder 108,4 Prozent der planmäßig vorgeschriebenen 12,2 Milliarden.

Demission der rumänischen Regierung.

Bukarest, 12. Jänner. Die erwartete Gesamtdemission des Kabinetts Ratiu ist heute nachmittag erfolgt. Maniu erklärte beim Verlassen des Palais, daß ihm der König nach Vorschlägen für die neue Regierung gefragt habe, worauf Maniu erwiderte, daß nur eine Regierung auf Grund der bestehenden parlamentarischen Mehrheit, also eine national-garantistische Regierung gebildet werden könne. Das national-garantistische Parteirektorium hat Bajda-Boivod, der sich in Klausenburg befindet, nach Bukarest berufen. Es besteht große Wahrscheinlichkeit, daß Bajda mit der Bildung der neuen Regierung betraut wird.

Belgien riegelt sich gegen Ausländer ab, die Arbeit suchen. Die belgischen Sicherheitsbehörden veröffentlichten für Ausländer eine Kundmachung folgenden Inhalts: Britische, italienische, japanische, portugiesische, schweizerische, schwedische, tschechoslowakische, spanische, norwegische, uruguayische, finnische, isländische, kubanische, dänische, nordamerikanische Staatsangehörige und Angehörige aus den britischen Dominationen und aus dem Fürstentum Lichtenstein müssen einen von ihrem Staate ausgestellten gültigen Paß haben, wenn sie nach Belgien einreisen wollen. Ganz unabhängig von diesen Bedingungen muß jeder Ausländer, der irgendeine Beschäftigung in Belgien sucht, ohne Ausnahme, bevor er die Grenzen des Königreiches Belgien überschreitet, im Besitze eines Ausweises (blauen Scheines) sein, der von der Polizeibehörde und von dem diplomatischen Vertreter oder von einem belgischen Konsul, in dessen Jurisdiktion sich in der Heimatgemeinde des betreffenden Ausländers befindet, unterzeichnet ist. Die lokalen Polizeibehörden erhielten Instruktionen, sorgfältig nachzuforschen und jene Ausländer der öffentlichen Sicherheitsbehörde zur Disposition zu stellen, die sich in Belgien ohne rechtsgültige Dokumente aufhalten und besonders auf jene Ausländer zu achten, die in Belgien irgendeine Beschäftigung ausüben, ohne daß sie hierzu berechtigt wären, da sie auf ungesetzliche Art den belgischen Staatsangehörigen Konkurrenz machen.

Donatich nimmt den Betrieb auf. In den ersten Jännertagen sind die kleinen Walzwerke in Donatich wieder in Betrieb genommen worden. Am Dienstag erfolgte nunmehr auch die Aufnahme der Arbeit im großen Walzwerk und im Stahlwerk. Der Hochofen ist jedoch noch immer nicht in Betrieb.

14 rumänische Bauern vom Schneesturm getötet

Bukarest, 12. Jänner. (M.) Die im ganzen Lande herrschenden heftigen Fröste und Schneestürme haben zahlreiche Opfer an Menschenleben gefordert. Eine Gruppe von vierzehn Bauern, die sich auf dem Heimwege von den Bezirkswahlen befanden, wurden in einem Walde bei Ramicu Sarai von einem Schneesturm überfallen und später tot in den Schneewehen aufgefunden. Die Donau führt Eis. Der Eisenbahnverkehr ist durch die Schneewehen stellenweise unterbrochen.

Tagesneuigkeiten

Beiruntener tschechischer Grenzbeamter schießt und schießt um sich . . .

Ein Zwischenfall an der böhmisch-tschechischen Grenze.

Aus Kallisch im Erzgebirge wird uns gemeldet: Ein aufregender Zwischenfall trug sich dieser Tage an der Grenze bei Gabrielshütten-Rotental zu. Der in Brandau stationierte tschechische Finanzwachposten Jauernik verlor in volltrunkenem Zustand seinen Dienst und geriet, da die Geister des Alkohols seine Schritte lenkten, über die Grenze auf tschechisches Gebiet, wo er, offenbar in der Meinung, noch auf böhmischem Boden zu stehen, insofern eifrig "Dienst" tat, als er alle die Straße passierenden Automobile, Führer und Fußgänger zur Ausweisleistung anhält und sich in dieser seiner Tätigkeit auch nicht durch die heftigsten Proteste der Angehaltenen hören ließ. Schließlich sprach der tschechische Waldwarter Reubert aus Rosenthal gütlich auf Jauernik ein und erbot sich, ihn über die Grenze zurückzubegleiten, da das Verhalten des Beamten bereits starke Unmutsäußerungen hervorgerufen hatte. Wirklich schien Jauernik einzusehen, daß es besser für ihn sei, den Schauspiel seiner wenig achtungsgebietenden Beiruntung zu verlassen, und er schritt an der Seite Reuberts der Grenze entgegen. Als die Grenzlinie schon fast erreicht war, zog der Beamte plötzlich sein Bajonett und hoch damit mit großer Wucht gegen den Waldwarter, der dem Tode nur dadurch entging, daß er geistesgegenwärtig zur Seite sprang. Trotzdem traf ihn der Stich in den Oberkörper und verletzte ihn erheblich. Reubert vermochte sich vor dem sich wie rasend gebärdenden Beamten nicht anders zu reiten, als daß er flüchtete. Aber Jauernik rief das Gewehr herab und feuerte dem Davaneilenden scharf nach, glücklicherweise ohne ihn zu treffen. Der Vermundete erstatte von dem Vorfall die Anzeige, worauf sowohl von seinen tschechischen als auch der reichsdeutschen Sicherheitsbehörden die Untersuchung an Ort und Stelle vorgenommen wurde. Die endliche Verhaftung des Beamten Jauernik, der von der tschechischen Gendarmerie ins Görlitzer Bezirksgericht eingeliefert wurde. Es braucht nicht erst hervorzuheben werden, daß das Verhalten Jauerniks im Grenzgebiet außerordentliche Erregung ausgelöst hat und daß die Bevölkerung die exemplarische Bestrafung des für seinen verantwortungslosen Dienst völlig ungeeigneten Beamten fordert.

Ein Fünftel der Sternberger Bevölkerung an Grippe erkrankt.

Die gegenwärtige Grippe-Epidemie ist, wie unsere „Volkswocht“ meldet, die größte, die jemals in dieser Stadt zu verzeichnen war. Selbst die schwere Epidemie des Jahres 1929 brachte nicht so viel Erkrankungen. Am meisten sind die Kinder betroffen. Durchschnitlich sind etwa 10 Kinder aus jeder Schulkasse krank. Es gibt aber auch Schulklassen, wo mehr als die Hälfte der Kinder erkrankt sind. Beahlich ist es mit den Lehrkräften. In allen Schulen kann man nur mit Schwierigkeit den normalen Unterricht aufrechterhalten, in vielen Fällen müssen Stunden entfallen, weil einfach keine Lehrkräfte zugeteilt werden können. Auch die Arbeiterschaft ist schwer heimgesucht. Der Krankenstand ist auf mehr als das Doppelte des normalen Standes angestiegen.

Glücklicherweise verläuft die Krankheit fast ausnahmslos günstig, nur in wenigen Fällen, bei älteren Personen, ist der Tod herbeigeführt worden. Von einem Absterben der Krankheit kann aber noch nicht gesprochen werden, im Gegenteil erfolgten anfangs dieser Woche die meisten Krankmeldungen.

Drei Menschen von einem scheuenden Pferd schwer verletzt.

Ein ungewöhnliches Unglück hat sich Mittwoch nachmittags in Olmütz ereignet. Der Schlichter des Völkermärklers Reznicek aus Pradel fuhr durch die Kanalarstraße, als plötzlich das vorgelassene Pferd scheute und durcheinander. Die Frau des Völkermärklers, die im Sattel saß, wurde in weitem Bogen herausgeschleudert, kam jedoch ohne Verletzungen davon, da sie auf dem Schnee zu liegen kam. Das Pferd rief sich in zwischen los und raste in eine gerade vorübermarschierende Militärabteilung auf. 152 Artillerieregimenten hinein. Während die übrigen Soldaten rechtsseitig ausseten, wurden zwei Soldaten vom Pferde niedergeworfen und so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Das Pferd raste aber noch weiter und blieb in der Nähe der Reiterischen Lederfabrik einen Radfahrer nieder, der gleichfalls schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Erst weit außerhalb der Stadt in der Ortschaft Politz gelang es, das scheue Pferd einzufangen.

Ein Mörder irrtümlich aus der Haft entlassen.

Im Gefängnis des M.-Strauer Kreisgerichtes befanden sich dieser Tage zwei Untersuchungshäftlinge gleichen Namens. Beide hießen Franz Macura. Einer von ihnen stand wegen des Verbrechens des Mordes in Untersuchung und sollte in den nächsten Tagen nach Polen ausgeliefert werden. Der zweite Macura hatte nur ein kleines Delikt begangen und sollte aus der Untersuchungshaft entlassen werden. In diesem Sinne wurde auch von der Staatsanwaltschaft der Auftrag erteilt. An Stelle des Franz Macura, der wegen eines kleinen Deliktes in Untersuchung stand, wurde jedoch der Mörder Franz Macura entlassen. Nunmehr mußte der ganze Polizei- und Gendarmerieapparat aufgeboten werden, um die Fahndung nach dem irrtümlich entlassenen Mörder aufzunehmen.

Die Brüner Geldfälscher verhaftet.

Wir haben gestern berichtet, daß die Brüner Polizei in Königsdorf eine Fälschmünzwerkstätte entdeckte, in der Hunderttausende gefälschte wurden. Der Leiter, der 23jährige Schriftsetzer B. Juráček, ist seit dem 9. d. M. aus Brünn verschwunden. Gestern früh erhielt die Brüner Polizeidirektion die Nachricht, daß Juráček in Mantua in der Stomalei bei seinem Bruder Viktor verhaftet wurde. Auch sein Bruder wurde verhaftet, weil er im Verdacht steht, an den Fälschungen mitgeholfen zu haben. Bei Juráček wurden mehrere Banknoten gefunden, die jedoch echt sind. Es besteht daher der Verdacht, daß er auf seiner Reise eine Anzahl solcher Noten verbreitet hat.

Die Spielautomaten endgültig abgeschafft.

Das Finanzministerium hat einen Erlaß herausgegeben, durch den die sofortige Abschaffung aller Spielautomaten angeordnet wird. Es ist gleichgültig, ob die Automaten Privatpersonen gehören, oder wohlhabenden Bürgern dienen. Bestraft werden nach dem Erlaß nicht nur die Besitzer der Spielautomaten, sondern auch die Spieler nach dem Gefälligkeitsgesetz. Die Kontrollorgane der Gefälligkeitsämter werden nunmehr im Einvernehmen mit den Gewerbebehörden im Sinne des neuen Erlasses sofort alle Maßnahmen gegen die Spielautomaten treffen und für deren sofortige Abschaffung Sorge tragen.

Einbruch in die Staaber Bezirkskrankenanstalt.

Aus Staab wird uns berichtet: In der hiesigen Bezirkskrankenanstalt wurde in der Nacht auf Dienstag ein Einbruch verübt. Die Eindrehler gelangten von der hinteren Seite des Gebäudes in die Kasse, wo sie die dort befindliche Kassa erbrachen. In der Kassa befanden sich Wertpapiere, die sie zurückließen. Weiters war dort ein Betrag von 4200 Kronen aufbewahrt, von welchem sie allerdings nur 570 Ks erbeuten konnten, da der andere Betrag sich tiefer in der Kassa befand. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt. Von den Tätern fehlt bis jetzt jede Spur.

Schiffe im Nebel.

Angefahren — zusammengestoßen.

Hamburg, 12. Jänner. Infolge starken Nebels auf der Unterelbe und an der Küste ist gestern der Papagaidampfer „New York“ auf Grund geraten und hat Hilfe angefordert. Bei Vransbüttel stieß der amerikanische Dampfer „Liberty Glo“ mit dem deutschen Dampfer „Kabat“ zusammen. Beide Schiffe erlitten beträchtliche Schäden. Der amerikanische Dampfer „Kabat“ mußte auf der Unterelbe vor Anker gehen.

Paris, 12. Jänner. Der griechische Dampfer „Dinassio“ hat zehn Meilen nördlich von Cap Bon SCS-Rufe ausgesendet.

Ein Schiffsbrand.

Paris, 12. Jänner. Aus Rio de Janeiro wird gemeldet, daß während des Aufenthalts in La Palmas in einer Kabine des großen Dampfers „Higland Patriot“ ein Brand ausgebrochen ist, höchstwahrscheinlich infolge eines Kurzschlusses. Der herbeigerufenen Feuerwehr gelang es, nach zweistündigen Löscharbeiten, an denen sich auch die Besatzung beteiligte, den Brand zu lokalisieren und zu löschen.

Schukmaßnahmen in Frankreich.

Paris, 12. Jänner. Vor den Marineministern von Kammer und Senat hat der Minister für die Handelsmarine Reper Mittwoch die

Der Schmod, sein Geschmod und sein Geschäft. Elisabeth Bergner hat den Regisseur Paul Ginner geheiratet, wobei beide kein Aufhebens machen wollten, weil es sich da erstens doch um eine rein private Angelegenheit handelt, dann weiter, weil sie Ruhe vor den journalistischen und nichtjournalistischen Schnüfflern haben wollten, vielleischt schließlich auch deshalb, weil Künstlerinnen manchmal die Gefahr einer Schädigung im Bekanntheitsgrad einer solchen Verbindung fürchten. Kurzum: die beiden wollten auch beim Heiraten unter sich bleiben und deshalb — dies und das Folgende erfährt man aus dem „Prager Tagblatt“ — wichen sie beide den telephonischen Anfragen aus, die sie im Londoner Ritz-Hotel zu belästigen suchten. Sie eilten auch — berichtet das Tagblatt weiter — so schnell sie konnten vom Hotel zum Standesamt und zurück ins Hotel — dennoch sorgsam beobachtet von der Journaliste, die sich solches wieder in London nach in Prag oder Wien entgehen läßt. Das „Prager Tagblatt“ schreibt wörtlich:

Paul Ginner und Elisabeth Bergner haben ihr Mögliches getan, um diese in größter Höhe vorgenommene Heirat geheim zu halten. Selbst der Taxidriver hatte die Weisung erhalten, nicht zu sagen, woher er komme. Auch die beiden Trauzugzeugen, die vom Standesamt beauftragt waren, verweigerten jede Auskunft mit der Begründung, daß es ihnen von dem Paar streng verboten worden sei, etwas auszusagen.

Aber was hilft aller Wille zweier Menschen, ihr Privatleben privat zu gestalten, wenn es die Schmode anders haben wollen? Der Chauffeur, die Trauzugzeugen werden ausgefrachtet und wenn auch das nichts hilft, um die für Leser von Zeitungen à la Tagblatt notwendige Sicherheit zu erlangen, dann läßt sich ein solcher Schmod die letzte Mühe nicht verdrängen:

Die Feststellung, daß es sich um Elisabeth Bergner und Paul Ginner handelte, konnte einwandfrei durch Einblick in das Standesamtsregister vorgenommen werden.

Hätte der Beamte dort dem Pressefischerei den Einblick verweigert, dann wäre der sicher ins Schlafjimmer vorgedrungen; denn die Leser dieser Blätter sind vom Schmod zum Verständnis solcher Geschmadeligkeiten erzogen und nun bestreitet er damit sein Geschäft; im redaktionellen Teil greift er mit seinen schmierigen Händen in die Privatphase interessierender Menschen, hinten folgt die Massage. Da kommt man leicht beiderseits auf seine Rechnung. Das Tagblatt würgt sie noch, indem es mitleidet, daß eine Schwester Gainers, deren Namen angeführt wird, in Prag lebt. So treten durch das geschätzte Blatt nicht nur die Milchpöche und alle Bekannten der Prager Schwägerin in öffentliche Beziehungen zur Bergner, sondern jeder vertrottelte Tagblattleser gerät gewissermaßen zu ihr in ein intimes Verhältnis mit Offenheitscharakter, durch das er sich in seiner Geltung gehoben fühlt. Und davon lebt das „Prager Tagblatt“ . . .

Die Soldatenelbstmorde. Aus Ost wird gemeldet: Der Soldat Juráček des Inf.-Reg. Nr. 45 in Ost hat sich aus seinem Dienstgeheim in der Kaserne eine Angel durch den Kopf gesteckt und blieb sofort tot liegen. Wie aus einem hinterlassenen Abschiedsbrief hervorgeht, handelt es sich um unglückliche Liebe.

Die Toten mahnen! In der Gegend von Amiens sind 367 Leichen von Kriegsgesessenen gefunden worden. 49 deutsche und 90 französische Kampfteilnehmer konnten identifiziert werden.

Vom Rundfunk Arbeiterkinder im Rundfunk.

Aus der Arbeiterjugendbewegung.

Seit dem Bestehen des Rundfunks haben unsere Kulturorganisationen bemüht, auch Vorträge und geistliche Darbietungen, die unsterbliche Tendenzen entsprechen, durch den Reicher in die Wohnungen der Arbeiter zu senden. Leider besteht in die Arbeiterkinder nicht die Freiheit in der Nähe, wie sie einer anderen Schicht von Menschen gewährt wird. Es können sich daher die Vorträge und Veranstaltungen der Arbeiterorganisationen nur im beschränkten Rahmen bewegen, was selbstverständlich noch hemmend im Ausbau der Arbeiterprogramme wirken muß. Holland ist wohl das einzige Land in Europa, welches in dieser Hinsicht den Arbeitern volle Freiheit gewährt und vielen Rundfunkhörern dürfte es auch der holländische Arbeiterkinder bekannt sein — Nichts seltenes mehr sind die Konzerte der Arbeiterkinder im Rundfunk. So kann man in holländischen Chorkonzerten von Österreich, Deutschland und anderswärts hören. Aber nicht nur, daß die Chorkonzerte der Erwachsenen Gelegenheit haben vor das Mikrophon zu treten, ist es auch nicht seltenes mehr, daß wir Kinder in ihnen gesungene Leistungen bewundern dürfen, die Anregung geben allerorts den Kinderchorgruppen einzuführen, was ganz besonders auf das Seelenleben dieser Kinder von großer Bedeutung ist und zur geistigen Förderung sehr viel beiträgt. Alle langgestreckten Menschen mögen sich nachstehendes besonders in Erinnerung nehmen: Der Kinderchor des Berliner Reichshorchor wurde von der Deutschen Welle (Prof. Werner) für eine spezielle Sendung: „Zeitgenössische Spielmusik, einführende Worte: Prof. Werner, Deutsche Welle, angefordert: 15. Jänner, 16.00 bis 16.15 Uhr, Paul Höffer: Das schwarze Schloß (Nachtspiel), Johann, der müde Seifenmacher (Am Klavier: Der Komponist) 20. Jänner: Das Teufel: Das Eisenbahnspiel, Tadel der Unzuverlässigkeit, Paul Hindemith: Wir bauen eine Stadt. (Zehn gleiche Spiele wurden von Robert Seig geschrieben: 12. Jänner: Hans Großmann: Was wollen wir werden? (R. A. Zemlin.) Musikalische Zeitung: Volkslied. Textbücher und Klavierauszüge billig durch den Deutschen Arbeiterkinderband in Berlin. Adressen:

Empfehlungswertes aus den Programmen Samstag.

Prag: 6.15: Gymnastik, 11: Schallplatten, 18.30: Deutsche Sendung: Oberhalla: Der Winterwanderer, 20: Kabarett. — Brünn: 12.30: Orchesterkonzert, 18.25: Schrammellkonzert, 21: Langspiel. — Preßburg: 16.10: Orchesterkonzert, 19.20: Blasmusik. — Berlin: 16: Orchesterkonzert. — Breslau: 18.15: Beliebte Unvertanen. — Wladivostok: 19.15: Mandolinenkonzert. — Hamburg: 19.30: Die Comedien Harmonis Angen. — Königsberg: 21.15: Blasmusik. — Leipzig: 19: Chorkonzert. — München: 20: Der Graf von Luxemburg. — Wien: 18.10: Falschung in Wien, 20.15: Das schwarze Schloß.

25-Hellerstücke. Mit Rücksicht auf den Mangel an Fünftellerstücken — es wurden bisher insgesamt 96 Millionen Fünftellerstücke geprägt — werden im Laufe von drei Monaten die neuen 25-Hellerstücke in den Umlauf gesetzt werden, deren Prägung in der holländischen Münze bereits begonnen wurde.

Sechs Kinder beim Eislaufen in Lebensgefahr: ein Kind ertrunken. Aus Kaschau wird gemeldet: In Karpien lief eine Gruppe von Kindern auf dem Eise des Baches. Unter den Straßenbrücke, wo die Eisdecke dünner war, brachen sechs Kinder ein. Fünf von ihnen konnten mit schwerer Mühe gerettet werden, das sechste ertrunken und konnte nurmehr als Leiche geborgen werden.

Beim Rodeln tödlich verunglückt. In der Ortschaft Zusucht fuhr der achtjährige Schulkind Albert Kofcher gemeinsam mit seinem Stiefvater auf einem senkbarren Rodelschlitten. In einer Kurve verlor die Lenkvorrichtung und der Schlitten fuhr gegen einen Stein. Hierbei erlitt der Knabe so schwere innere Verletzungen, daß er halb darauf starb.

Daubmann verurteilt. In dem Prozeß gegen den Schneider Hummel aus Offenburg, alias Daubmann, wurde der Angeklagte zu zwei einhalb Jahren Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust verurteilt. Zwei Monate Untersuchungshaft werden ihm angerechnet.

Die Gültigkeit der Jubiläumsmarkten mit dem Bildnis Dr. Mikoslaw Doris wird bis zur vollkommenen Erschöpfung der Vorräte an diesen Marken verlängert.

Rauchverbot in den Gängen von Eisenbahnwagen. Durch eine Verordnung des Eisenbahnministeriums wird aus Gesundheits- und Sicherheitsgründen mit sofortiger Gültigkeit das Rauchen in den Gängen jener Eisenbahnwaggons verboten, in welchen sich Nichtraucher befinden. Solche Wagen sind schon auf den Nichtraucherwaggons bezeichnet sind, werden in den Gängen Tafeln mit der Aufschrift: „Rauchen nicht in diesem Gang“ angebracht. Die Übertretung dieses Verbot wird mit 5 K bestraft.

Brandstiftung. Wie uns aus Ulm bei dem Bericht wird, geriet dort während der Nachtstunden die dem Landwirt Josef Gaube gehörige Scheune in Brand, wobei das Gebäude samt darin lagernden Strohvorräten und zahlreichen landwirtschaftlichen Geräten den Flammen zum Opfer fielen. Die von der Gendarmerie ausgeführten Untersuchungen ergaben den Verdacht, daß der Brandstiftung aus Nacht, weshalb die Nachforschungen in dieser Richtung fortgesetzt werden.

Die Toten der „Niobe“.

Kiel, 12. Jänner. Von dänischen Fischern wurden in der Nähe der Untergangsstelle der „Niobe“ drei Tote geborgen, bei denen es sich wiederum um Opfer der „Niobe“ handeln dürfte.

Verhaftete Geldfälscher.

Berlin, 12. Jänner. Beamte der Falschgeldstelle verhafteten heute drei Mitglieder einer gefährlichen Fälschermännerbande, die seit mehr als einem Jahr große Mengen gefälschter 2-Mark-Stücke gebracht hatten.

Ein neuer Amerikaflug.

Paris, 12. Jänner. Zu einem Etappenflug nach Amerika ist heute vormittag 10 Uhr von dem Pariser Flughafen Mantes aus das dreimotorige französische Flugzeug „Arc-en-Ciel“ (Regenbogen) mit einer siebenköpfigen Besatzung unter Führung des bekannten Fliegers Mermoz aufgestiegen.

Telephonwirtschaft in der Tschechoslowakei...

Einem an unsere Großverkaufsgesellschaft in Prag gerichteten Briefe eines Schludenaauer Vertreters sind folgende Tatsachen zu entnehmen: Der Schludenaauer Vertreter konnte am 5. Jänner eine telephonische Verständigung mit der Gesellschaft in Prag erzielen, weil die Leitung zwischen Schludena und Prag gestört war; am 6. Jänner war diese Verständigung immer noch nicht möglich und das Telephongespräch mußte über Tscheken geleitet werden; am Nachmittag desselben Tages war von Schludena aus wiederum keine telephonische Verbindung mit Prag zu erhalten, außerdem war aber selbst am Nachmittag des 6. Jänner noch immer die Telephonleitung Schludena-Prag und nun auch die Leitung Tscheken - Prag nicht in Ordnung.

Die „Feuerbestattungskasse proletarischer Arbeiter“ in der C.S.R. Kuffig, Bahnhofplatz 1, die auf eine zehnjährige Tätigkeit zurückblicken kann, hat auf ihrer letzten Hauptversammlung die Aenderung ihres bisherigen Ziels beschlossen; er lautet nun „Volkseuerbestattungskasse“. Die Feuerbestattungsbewegung hat in den letzten Jahren auch in der Tschechoslowakei große Fortschritte erzielt, die vor allem in der Errichtung neuer Krematorien — vor kurzem wurde bekanntlich in Olmütz die zehnte Feuerhalle dieses Staates der Öffentlichkeit übergeben — ihren Ausdruck finden.

Ist es eine slowakische Stenographie? In der Budgetdebatte befragte sich gestern der slowakische Volksparteiler Dr. Průša, daß es im Parlament keine Stenographen, der slowakisch stenographieren könne, so daß die slowakischen Abgeordneten ihre Reden in sprachlicher Hinsicht selbst fortzulegen müßten. Hierbei könnten Zweifel entstehen, ob derartige Korrekturen unter die Immunität fallen; er wolle daher darauf beharren, daß ein slowakischer Stenograph angefordert werde.

Lieber revolutionärer als Alimente zahlen! In Weihenegg in Osttirolermark war bei dem dortigen reichen Bauern Franz Ziegelhofer, der sich weigerte, private und Alimentationszuschüsse zu bezahlen, die Exekution von drei Stück Vieh angeordnet. Vor der Exekution fand auf seinem Gute eine Versammlung der dortigen Bauern statt, in welcher unter dem Eindruck der Ereignisse in Vortau beschlossen wurde, die bevorstehende Exekution mit Gewalt zu vereiteln.

Raubüberfall. Am Montag-Mittag wurde der Kassenbote einer Zigarettenfabrik in Berlin-O. im Eingang des Fabrikgeländes von zwei jungen Burken überfallen und angegriffen. Der Kassenbote erlitt schwere Verletzungen in der Brust und im Oberschenkel, die jedoch bevor er zusammenbrach noch die Uhr und Geldbörse ergatterte, die für zum an-

Der falsche Professor.

Der Geniestreich des Berliner Millionenbetrügers Norman-Lewin. Wechseltäuschungen und wissenschaftliche Vorlesungen...

In Cambridge (Massachusetts, USA) wurde nach eingehender Beobachtung der Professor der Volkswirtschaft an der Harvard-Universität, Dr. Frederic Norman, verhaftet; er ist niemand anderes als der nach Unterschlagung von etwa fünf Millionen Mark seit drei Jahren aus Berlin geflüchtete Bankier Dr. J. Lewin, der ehemalige Inhaber des bekannten Bankhauses G. Löwenberg & Co. Norman-Lewins Verhaftung hat unter den Studenten der Harvard-Universität nicht wenig Aufsehen erregt.

Der Zusammenbruch im Jänner 1929.

Lewin, der 1887 in Kiew geboren ist, war bis zum Kriege Bankdirektor in Petersburg. Nach Ausbruch der russischen Revolution kam er nach Berlin. Er kaufte hier das als angehende Bankhaus Löwenberg auf. Die Inflation verschaffte ihm ein Millionenvermögen. In der folgenden Periode der Stabilisierung konnte er sich nicht halten. Er wurde zum Wechselwandler. Gemeinsam mit seinem Prokuristen Rappoport brachte er gefälschte Wechsel, die auf ausländische Währungen lauteten und den Stempel eines deutschen Industrieunternehmens trugen, in Verkehr. Die Schuldlosen verlor er jedoch die Fälschungen zunächst zu vertuschen und den Verdacht auf andere Personen, insbesondere auf den Prokuristen eines Berliner Privatbankhauses, zu lenken. Der Prokurist wurde damals von seiner Firma sofort zur Disposition gestellt. Er erstattete Anzeige wegen schwerer Urkundenfälschung und Betruges gegen sich selbst. Als nunmehr die Staatsanwaltschaft eingriff stellte sich sehr rasch heraus, daß Lewin und Rappoport die Fälschungen begangen hatten.

Ueber Schneidemühl nach Rio!

Die Gauner hatten rechtzeitig erfahren, daß sich die Schlinge der Auffassung immer enger um ihre Köpfe zog. Lewin flüchtete als erster; er entkam per Flugzeug nach Paris. Rappoport fuhr zusammen mit seinem zweiten Prokuristen Montag im Auto nach Schneidemühl — angeblich sollten hier große Geschäftsabschlüsse getätigt werden. Nachdem sich Montag und der Chauffeur abmühsam zur Raststube begeben hatten, machte sich Rappoport schleunigst davon; einen Tag später traf er sich mit Lewin in Paris. Von hier aus erfuhr die Schneider die Berliner Staatsanwaltschaft um freies Geleit, gingen jedoch auf das richterliche Verlangen, eine Kaution von je 100.000 Mark zu stellen und die Pässe abzugeben, nicht ein. Stattdessen holten sie noch ihre Frauen aus Berlin und fuhren mit ihnen nunmehr nach Rio de Janeiro. Als das Schiff im Hafen einlief, wurden die Betrüger von den Kriminalbeamten erkannt und festgenommen. Man hat sie jedoch nicht antragsmäßig nach Deutschland ausgeliefert — angeblich traf das von den brasilianischen Behörden verlangte Belastungsmaterial nicht rechtzeitig ein —, sondern über die Grenze nach Argentinien abge-

grenzenden Jodbrütlagerraum aufzustehen und seine Geldtasche mit 4000 Mark Inhalt hineinzuerwerfen. Als die Verurteilten ihren Anschlag bereitet sahen, ergriffen sie in einer vor dem Hause wartenden Lüge die Flucht.

Prinz August unter böhmischer Justiz? Das Berliner „Tempo“ berichtet über eine Meldung des Reutlinger Generalanwalts, wonach Prinz August Wilhelm, der Mitglied der nationalsozialistischen Fraktion des preussischen Landtages ist, sich unmittelbar nach Beginn der Weihnachtsferien auf längere Zeit nach Italien begeben habe. Als Grund dafür wird angegeben, daß der Kaiser den Mitgliedern des Zollensollernhauses eine Beerdigung bei der NSDAP unterlag und Prinz August Wilhelm angewiesen habe, Deutschland sofort auf mehrere Monate zu verlassen. In Italien, die dem ehemaligen Kaiserhause nahesteht, wird es abgelehnt, über interne Angelegenheiten und Anordnungen des Kaisers Auskunft zu geben. — Wie das Conti-Büro erzählt, soll sich Prinz August Wilhelm gegenwärtig in Lippe befinden.

Der gelehrte Väter. Ein Vätermeister aus Remscheid (Rheinland) promovierte zum Doktor rer. pol.; das Zeugnis eines Diplomingenieurs erwarb er schon vor längerer Zeit.

Die Krisen-Selbstmorde. In Berlin-Charlottenburg schied ein 61jähriger Kaufmann und seine 55-jährige alte Schwester durch Gasvergiftung gemeinsam aus dem Leben. Hinterlassene Briefe melden das Motiv ihres Freitodes: Wirtschaftssorgen.

Mord. In Beuthen wurde eine 81jährige Schwachsinnige ermordet; aufgefunden. Der Täter ist noch nicht gefaßt.

Wüßigeres Bier in Oesterreich. Wie die „Neue Freie Presse“ meldet, wird in den nächsten Tagen eine Herabsetzung der Biersteuer um etwa 8 Schilling pro Dekkaster erfolgen. Die Ermäßigung wird am 1. Jänner in Kraft treten. Gleichzeitig wird eine Senkung der Bierpreise vorgenommen werden.

Kerenski in Litauen unerwünscht. Der ehemalige Vorsitzende der provisorischen russischen Regierung A. J. Kerenski wollte dieser Tage in Litauen Vorlesungen halten. Die litauischen Behörden haben ihm aber die Einreiseverweigerung verweigert, da sie Kerenski für eine unerwünschte Person halten. Auch in Estland wurde Kerenski die Einreise nicht gestattet.

ten. In Buenos Aires wurden die Gauner damals erkannt und festgenommen, später aber wieder freigelassen.

Der Umfang des Skandals.

Während die Kriminalbehörden aller Länder nach den Gaunern fahndeten, versuchte man in Berlin den Umfang der Verfehlungen festzustellen. Bei der Prüfung der Bücher des Bankhauses Löwenberg stellte es sich heraus, daß Lewin und Rappoport falsche Wechsel in Höhe von annähernd fünf Millionen Reichsmark in den Verkehr gebracht hatten. Ein Drittel der gefälschten Papiere lief im Ausland, der Rest war nach Frankreich und Holland gegangen. Die Staatsanwaltschaft vermutete, daß auch der zweite Prokurist der Firma Löwenberg u. Co., Montag, schuldig sei; sie verhaftete Montag, ließ ihn dann gegen eine Kaution von 10.000 Mark wieder frei und mußte ihm nach einer längeren Untersuchung seine Unschuld bestätigen; Montag hat von den Betrügerrollen seines Chefs nichts gewußt.

Die Eintreibung.

Von Rappoport ist jede Spur verloren gegangen. Nach Lewin wurden die Nachforschungen wieder aufgenommen, als die Untersuchungsbehörden im Herbst vergangenen Jahres erfuhr, daß er versucht hatte, mit deutschen Freunden in Briefverkehr zu treten. Es stellte sich heraus, daß sich Lewin in der Nähe von Boston ansiedelt hatte. Das Reichsjustizministerium ließ nunmehr auf dem Wege über das Auswärtige Amt und den deutschen Konsul den von der Berliner Staatsanwaltschaft 1. erlassenen Haftbefehl an die amerikanische Bundespolizei nebst eingehenden Berichten über die Vorgänge aus dem Jahre 1929 übermitteln. Der deutsche Konsul von Liverpool in Boston leitete die Untersuchung. Mit Hilfe eines aus Berlin mitgeschickten Bildes gelang es ihm, den falschen Professor der Harvard-Universität zu ermitteln und zu identifizieren. Immer dichter schloß sich die Beweiskette um den „Gelehrten“. Als er durch den zuständigen Justizminister aus dem Universitätsgebäude herausgeholt und ins Strafgefängnis von East Cambridge eingekerkert worden war, bekannte er, daß er von der Beobachtung nicht das geringste bemerkt habe.

Der Philosoph.

An der Harvard-Universität hat sich Lewin — er nannte sich dort Frederico Romano — den Professorenposten erkämpfen; er erklärte, daß er als Doktor der Philosophie in Freiburg promoviert habe, und — man glaubte es ihm. Nun wird vorläufig seine wissenschaftliche Karriere beendet sein. Der Berliner Untersuchungsrichter hat bereits beim Justizministerium das Auslieferungsbegehren beantragt. Das Begehren wird durch das Auswärtige Amt nach Amerika weitergeleitet werden. Es ist jedoch noch nicht ohne weiteres sicher, ob dem Erlauchen stattgegeben wird. Es heißt, daß Lewin amerikanischer Staatsbürger sei. Man wird sich jetzt drüber seine Staatsbürgerpapiere genau ansehen...

Der Opiumbandel. Die „Echo de Paris“ aus Marseille berichtet, wurden am Sonntag auf dem Orientpassagierdampfer „Pierre Loti“ 900 Kilogramm Opium von den Zollbeamten beschlagnahmt. Das Opium war in einem Koffelhüter verpackt gehalten.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Unfallrenten-Abkommen mit Italien.

Gemäß dem italienischen königlichen Dekret des Gesetzes vom 24. September 1931, Nr. 1355, wurde sowohl zugunsten der italienischen Angehörigen als auch im Hinblick auf die Bestimmungen des Art. 3 zugunsten der Angehörigen der Csl. Republik die Auszahlung der Unfallrenten bewilligt, die von den im Sinne des Art. 275 des Friedensvertrages von St. Germain — soweit die Unfallversicherungsleistungen im Sinne der Vereinbarungen in Wien übernommen wurden — aufgestellten Sozialfürsorgeanstalten angewiesen wurden, und zwar: 1. von der Unfallversicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen in Wien, 2. von der Bergarbeiter-Unfallversicherungsanstalt in Wien, 3. von der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt in Salzburg, 4. von der Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt in Graz. Diese Berechtigung wurde erweitert auch auf die Bezüge von Unfallrenten, die von der Landes-Unfallkassa in Budapest überwiesen werden. Die Auszahlung wird die National-Unfallkassa in Rom (Cassa nazionale infortuni di Roma) vornehmen.

Genügt es, daß auf die Auszahlung der Unfallrenten nach dem angeführten italienischen königlichen Dekret jederdem Anspruch berechnigt vertritt, der um dieselbe, sofern er außerhalb des italienischen Königreiches wohnt, nicht bei der erwähnten Anstalt längstens bis zum 29. Juni d. J. ansucht.

Es ist daher notwendig, daß diejenigen tschechoslowakischen Staatsangehörigen, die gemäß dem Art. 275 einen Anspruch auf Rentenauszahlungen erheben könnten, sich möglichst an die Generalkonsul der Tschechoslowakischen Republik in Rom wenden, welche Vorzüge treffen wird, daß ihre ansuchenden in diplomatischen Wege der Versicherungsanstalt Cassa nazionale infortuni di Roma zugestellt werden.

Schlechte Tage.

Das Erwachsene ihre schlechten Tage haben, an denen sie verstimm und mühsam sind, an denen ihnen alles, was sie anpacken, mißfällt, das nehmen wir als eine Selbstverständlichkeit hin, weil wir es alle an uns selber oft genug erleben. Vater hat Krüger im Geschäft gehabt — folglich ist er zu Hause mürrisch und reizbar, und es ist an diesem Abend nicht gut mit ihm Krüger essen. Mutter hat die Suppe andrennen lassen; nun ist sie verärgert und böse mit aller Welt; das ganze Mittagessen ist ihr verdorben. Die Schwester bock, weil sie sich mit ihrem Bruder gezankt und von der Mutter Unrecht bekommen hat. Alle sind sie an solchen Tagen ungenießbar, aber das nimmt man ihnen nicht weiter übel; haben sie doch alle ihren guten Grund, verärgert zu sein. Viel weniger sind wir dagegen geneigt, Rücksicht auf die Verstimmung unserer Mitmenschen zu nehmen, wenn diese scheinbar grundlos, wenn einem Menschen gar nichts Unangenehmes passiert und er trotzdem vom frühen Morgen an traurig und reizbar ist. Nichts ist mit ihm anzufangen, — es ärgert ihn die Fliege an der Wand. Und gerade solche scheinbar grundlos verstimmt Menschen brauchen unsere Rücksicht viel nötiger als die aus äußeren Gründen verärgerten. Die werden schließlich mit Ihrem Verdruß auch allein fertig; der ohne äußeren Anlaß, der von innen her verstimmt dagegen weh selber nicht, was mit ihm los ist; es ist ihm vor ihm selber unheimlich, weil er den Grund seiner Reizbarkeit nicht einsehen kann. Es ist, als ob sich an solchen Tagen alles gegen ihn verschworen hat; was er auch unternimmt, geht schief. Zufänglich hat er eine tief im Reimplasma verankerte Anlage zu „grundloser Traurigkeit“ mit auf die Welt gebracht, die sich an gewissen Tagen in periodischer Wiederkehr einstellt, von Erlebnissen unabhängig und durch nichts beeinflussbar! Das einzig Gute ist hier noch, daß diese „schlechten Tage“ eben wirklich nur „Tage“ sind, daß die Verstimmung rasch wieder abklingt und sich nicht wie bei der „echten Melancholie“ über Monate oder gar Jahre hinzieht.

Das nun aber auch schon Kinder ihre „schlechten Tage“ haben, daß Kinder grundlos verstimmt sein können, das vermögen wir besonders schwer zu verstehen. Und doch sind diese schlechten Tage der Kinder ein sehr ernstes Kapitel für Eltern und Erzieher, das viel zu wenig beachtet wird. Ein Junge etwa, der sich am Abend vorher in bester Laune zu Bett gelegt hat, wach; morgens mit benevolentem Kopfe auf, ist traurig und reizbar. Mühsam erhebt er am Frühstückstisch und kann sich kaum beherrschen, als die Mutter ihn neckt, er sei wohl heute mit dem linken Fuß zuerst aufgestanden? Er packt dann zwar seine Bücher zusammen und begibt sich wie sonst auf den Schulweg, doch als er vor der Schule steht, da laun er es einfach nicht über sich, gehen, hinzugehen; er läuft vorbei, zur Stadt hinaus — er weh nicht, wie ihm geschieht. „Er fühlt sich bedrückt“, klagt der Heidelberger Psychiater „er ist in diesem Zustand, so schwer, als ob er ein schlechtes Gewissen hätte, und doch hat er gar nichts Schlimmes angeestellt. Er wirkt keine Schuldhaft irgendwo, er will immer weiter, so ein eigenartiges Sehnen liegt in ihm.“ Oder aber er geht, trotz seiner Unlust, in die Schule; da gibt es sicher Verdruß. Seine Lektion, die ihm gestern ganz geläufig war, ist ihm vollkommen entfallen; der Kopf ist ihm heute wie vernebelt. Ledet ihn der Lehrer vor der Klasse, so kann es unter Umständen zu einer jenen Unbarmherzigkeiten kommen, die den Jungen für alle Zeit bei seinem Lehrer verhaßt machen und die immer neue Unannehmlichkeiten im Gefolge hat. Mit den Kameraden kann es an diesem kritischen Tage zu ernstlichen Schlägereien, ja, in den schlimmsten Fällen zu Messerhieben kommen. Auch die Schülerelbstmorde fallen stets fast auf „die schlechten Tage“. Wenn diese schlechten Tage der Schulkindern gehäuft auftreten — und das ist leider viel öfter der Fall, als man gemeinlich annimmt —, so können sie ein schweres Hindernis für die Erziehung bilden. Disziplinmängel reiben sich da unter Umständen aneinander, und es wird leicht der Schluß auf einen demotivierten und niederträchtigen Charakter gezogen.

Der Arzt kann hier nicht helfen; ein innerlicher Vorgang findet seinen natürlichen Verlauf, der seiner Beeinflussung zugänglich ist. Die Veranlassung zu anfallsweiser grundloser Traurigkeit ist eine Krankheit, ein Schicksal, das hingenommen werden muß. Nur durch Aufklärung kann der Arzt sich äußern nützlich erweisen, indem er mit den Kindern über ihren Zustand spricht und sie ermahnt, an solchen Tagen möglichst wenig zu unternehmen, allen Auseinandersetzungen mit Lehrern oder Kameraden auszuweichen, — bei bestimmten Größen der Verstimmung lieber im Bett zu bleiben, da man dort ja am wenigsten Unheil anrichten kann. Vor allem aber muß der Arzt die Erzieher, Eltern und Geschwister dieser unglücklichen Kinder aufklären, damit jene auf die „schlechten Tage“ die größtmögliche Rücksicht nehmen und die kleinen Patienten — denn um solche handelt es sich ja im Grunde — mit Liebe und Verständnis behandeln, ihnen jeden Witz des Anstoßes aus dem Wege räumen. Es soll hier nicht der Unersorgtheit und Unbedachtlichkeit eigenwilliger Kinder das Wort geredet werden, verärgelter Kinder, die ihre Wut und ihren Krüger mit Vorliebe an ihrer Umgebung auslassen. Nur Unheil soll verhütet und das Schicksal jener Kinder erleichtert werden, die eine unglückliche Veranlassung zu grundloser Verstimmung und Reizbarkeit als ein Erbteil auf die Welt mitgebracht haben und denen ihr Schicksal durch Güte und Verständnis der Umgebung so sehr erleichtert werden könnte. Dr. Ely Herzberg.

